

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags für den folgenden Tag. Preis: 20 Pf. pro Woche. Einzelnummern 2 Pf. 50. Abonnementpreise: 120 Pf. pro Quartal, 360 Pf. pro Jahr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angelagerter: Die Wilsdruffer Zeitung Nr. 20. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 38. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 15. Februar 1927.

81 Steuern.

Von besonderer Seite geht uns folgender Beitrag zu: Für die breite Masse des deutschen Volkes ist der Finanzbeamte eine recht unangenehme Leiterscheinung; aber das entbindet doch nicht von der Überlegung, daß dieser zwar unangenehme, aber doch notwendige Beamte genau so wie seine Kollegen nicht bloß Pflichten dem Staat gegenüber hat, dem er dient, sondern auch Rechte. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Brücker hatte Gelegenheit, die Beamten seines Ressorts in ihren Spitzenvertretungen nicht bloß kennenzulernen, sondern auch ihre Klagen zu vernehmen. Die verschiedenen Vereinigungen der Steuerbeamten haben sich nämlich zu einem „Bund Deutscher Reichssteuerbeamten“ zusammengeschlossen und auf der Einigungsfeier hat der neue Reichsfinanzminister Gelegenheit genommen, einmal darauf hinzuweisen, daß unsere Finanzämter tatsächlich vor dem Zusammenbruch stehen. Die Beamten sind in einer Weise überlastet, wie das kaum bei irgendeiner anderen Beamtenklasse der Fall ist. Vor allem aber leidet darunter die Arbeit in verhängnisvoller Form; denn es ist verhängnisvoll, wenn ein deutscher Reichsfinanzminister sagen muß: „Es ist notwendig, zu sagen, daß das, was wir heute Veranlagung nennen, gar keine Veranlagung ist; es ist eine Terminarbeit, um den Terminen gerecht zu werden.“ Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß wir in den nächsten Jahren neue Steuererlasse einfach technisch nicht mehr vertragen, daß es vielmehr darauf ankomme, das neue System zu vereinfachen.

Wir haben in Deutschland nicht weniger als 81 verschiedene Steuern, darunter leider eine große Anzahl von Steuern, deren Bearbeitung viel Mühe verursacht, aber so gut wie gar keinen Ertrag einbringen. Die wichtigsten Steuern, also Einkommen, Vermögens-, Kapitalertragssteuer auf der direkten, Bier-, Tabak-, Zuck-, Branntwein- und Umsatzsteuer auf der indirekten Seite, bringen ungefähr 95 % des Gesamtertrags der Steuern in die Reichs- bzw. Staatskassen. Dazu kommen die Zölle. Und es ist feuertechnisch bezeichnend, daß z. B. die vier indirekten Steuern und die Zölle zusammen fast zwei Milliarden erbringen, aber das Duzend anderer indirekter Steuern zusammen nicht den zehnten Teil dieser Summe den Kassen zuführen. Es gibt Steuern, deren Ertrag noch hinter der Million zurückbleibt, deren Bearbeitung also in gar keinem Verhältnis zum Ertrage steht. Unvergessen bleibt die Arbeit des preussischen Finanzministers von Miquel, der der Schöpfer der preussischen Einkommensteuer gewesen ist; der Grundgedanke dieser Arbeit war nichts anderes als die größtmögliche Vereinfachung des Steuersystems. „Wir werden an die Vereinfachung unserer Steuererlasse denken müssen“, hat der neue Reichsfinanzminister auf jener Tagung der Reichssteuerbeamten erklärt und die Hoffnung ausgesprochen, daß schon die nächsten Wochen eine löbliche Entlastung der überlasteten Steuerbeamten bringen werden, weil viele unserer Gesetze zudem heute derart spezialisiert sind, um nur allen Wünschen gerecht zu werden, daß sie gar nicht mehr richtig durchzuführen werden können. Eine einfach konstruierte Steuer bringt in der Regel weit höhere Erträge als die ständig wachsende Kompliziertheit. Und man wird darangehen müssen, jene Steuern, deren Ertrag in keinem Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit steht und die häufig nur aus falschen verstandenen sozialpolitischen Erwägungen geschaffen worden sind, zu beseitigen.

Wenn man damit rechnet, daß das deutsche Volkseinkommen etwa 50 Milliarden beträgt und daß die Reichs- und Staatsausgaben etwa ein Viertel dieses Einkommens in Anspruch nehmen, so muß es möglich gemacht werden, daß die Einbeziehung dieses Teiles mit weniger Kosten und weniger Arbeit erfolgt, als es bisher geschieht. Sparsamste Wirtschaft ist auf diesem Gebiete dringende Notwendigkeit und die Sparsamkeit hat sich dabei nicht bloß auf die Menschen, die die Instrumente dieser Arbeit sind, sondern auch auf die Menschen, die die Instrumente dieser Arbeit sind. Wenige, aber einfache und ertragsreiche Steuern müssen die Aufgabe erfüllen, dem Staate die finanziellen Grundlagen zu schaffen; und es bedeutet ganz abgesehen von der Höhe dieser Steuern eine Entlastung auch der Wirtschaft, wenn diese wenigen und einfachen Steuern, die außerdem ständig und unverändert bleiben, durch die Finanzmaschinerie der Lebensnotwendigkeit der produzierenden Wirtschaft angepaßt werden.

Gemeindewahlen in Oberschlesien.

Kommunistische Mehrheit in Hindenburg gebrochen. In einer Reihe von Städten und Landkreisen des deutsch-oberschlesischen Industriegebietes fanden am Sonntag Neuwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Kreisräten statt, die durch die kürzlich vom Preussischen Landtag vorgenommenen Eingemeindungen und Kreisumstellungen notwendig geworden waren. Besonders heftig wurde das Stadtparlament der jetzt größten ober-schlesischen Stadt Hindenburg umstritten, wo die Stadtverordneten alle wichtigen Posten des Magistrats, darunter den des Oberbürgermeisters, den des zweiten Bürgermeisters und die mehrerer Stadträte zu besetzen

Die deutsch-polnische Krise.

Auflösung der polnischen Unterhandlungskommission.

Die Frage der polnischen Wanderarbeiter. Der seit einigen Tagen in Warschau weilende Bevollmächtigte Polens bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Pradzynski, hat den Auftrag erhalten, sich sofort nach Berlin zu begeben, um die Antwort auf das Schreiben des deutschen Bevollmächtigten Lewald im deutsch-polnischen Konflikt zu überbringen. Mit Rücksicht auf den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen durch die deutsche Regierung habe Pradzynski zugleich den Auftrag erhalten, die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, die noch in Berlin versammelt ist, aufzulösen. Die Warschauer Regierung betrachtet im Gegenzug zur polnischen Presse die Lage sehr ruhig. In Warschauer Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß kein vollständiger Abbruch der Verhandlungen vorliege; dennoch soll in den nächsten Tagen die Abberufung der polnischen Delegation aus Berlin erfolgen.

Eine offiziöse polnische Erklärung zu der Note Lewalds stellt den „Rassencharakter“ der Ausweisungen aus Polen in Abrede und zieht dann die Abschließung einer sehr beträchtlichen Zahl von polnischen Landarbeitern, die bereits seit Jahren in Deutschland ansässig seien, zum Beweise dafür heran, daß von deutscher Seite ebenfalls während der Verhandlungen Ausweisungen vorgenommen worden seien. Prinzipiell sei der deutsche Standpunkt, daß sich Polen in der Niederlassungsfrage bereits vor dem Abschluß eines Vertrages mit Verpflichtungen belasten solle, die Gegenstand eben dieses Vertrages seien, nicht anzuerkennen, ebensowenig wie die deutsche Annahme, daß durch die Unterbrechung der Verhandlungen eine schnellere Einigung über die streitigen Punkte erzielt werden könne.

Zu diesen polnischen Auslassungen wird von offiziöser deutscher Seite bemerkt, daß die Wanderarbeiterfrage, in der ein provisorisches deutsch-polnisches Abkommen erzielt ist, nicht mit der Niederlassungsfrage verquickt werden könne, weil es sich hierbei um eine Wanderbewegung und um Saisonarbeit handelt. Der traffe Widerspruch zwischen den in Berlin im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen geführten Verhandlungen über das Ausfuhrrecht und der Ausweisungspraxis der polnischen Behörden hat die Reichsregierung veranlaßt, einen Ausweg aus dieser unzulässigen Situation dadurch zu suchen, daß zunächst die von deutscher Seite in Warschau bereits angeregten Verhandlungen über die Handhabung von Ausweisungen gefördert werden sollen. Eine einseitige Belastung der polnischen Regierung würde eine Verständigung auf diesem Gebiet nicht bedeuten, da es sich ja um beiderseitig einzugehende Verpflichtungen handeln würde. Eine deutsch-polnische Abrede über die Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen verfügt werden sollen, hat bereits jahrelang bestanden. Leider hat sich Polen durch

Erklärung der in Berlin weilenden polnischen Unterhändler bereits vor Monaten von dieser Abrede losgesagt. Diese Preisgabe einer bereits vorhandenen Basis der Verständigung auf diesem Gebiet zeigt ebenfalls die verstärkte Tendenz der polnischen Politik, die noch in Polen ansässigen Reichsdeutschen zu verdrängen, und es mag bedauern, daß gegen eine Regelung dieser Frage, die fortwährend zu Reibungen zwischen beiden Staaten führt, schon jetzt Einwendungen von polnischer Seite erhoben werden.

Auf deutscher Seite besteht jedenfalls der Wunsch und die Absicht, durch eine Verständigung in der Ausweisungsfrage auch die Einigung bei den Handelsvertragsverhandlungen zu erreichen.

Zwei englische Regimenter in Shanghai.

Chinesischer Protest gegen die Truppenentsendungen. Zum erstenmal seit dem Vuzeraufstand sind europäische Truppen gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen von Shanghai. Der Marsch, der über eine Straße von insgesamt fünf englischen Meilen Länge zu den vorerwähnten Quartieren ging, hatte riesige Menschenmassen angezogen. Die Truppen wurden von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen. Die chinesischen Kaufleute begrüßten, wie Reuter betont, ihr Erscheinen mit erschütterter Erleichterung. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

In einer Erklärung an die Presse protestiert der chinesische Delegierte beim Völkerbund, Tschang-hsi-tschu, gegen die englischen Truppenentsendungen in China. In deutlicher Anspielung auf die englische Denkschrift an den Völkerbund erklärt er, daß diese Truppenentsendungen mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbundes nicht vereinbar seien. In Beantwortung gewisser Fragen nach seiner Kompetenz zur Vertretung des ganzen chinesischen Volkes erklärte Tschu: „Ich vertrete das ganze China. Mein Mandat ist durchaus vollständig. Hinter mir stehen 400 Millionen Chinesen, der Norden so gut wie der Süden, die Jungen sowohl wie die Alten. Wir Chinesen mögen interne politische Differenzen haben, aber wir sind praktisch einig gegenüber allen auswärtigen Problemen, die unsere Souveränität und die gegenwärtigen Verhältnisse betreffen.“

Deutsch-jugoslawische Handelsvertragsverhandlungen?

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“. Belgrad, 14. Februar. Wie in Belgrader politischen Kreisen verlautet, wird in den nächsten Tagen zwischen dem hiesigen deutschen Gesandten und dem Außenminister Rintischitsch eine vorbereitende Besprechung über den Abschluß eines Handelsvertrages und eines Schiedsgerichtsvertrages stattfinden.

Hindenburg beim König von Schweden.

König Gustav vorübergehend in Berlin. König Gustav von Schweden hat auf der Durchreise von Stockholm nach Rom in der Reichshauptstadt gewollt. Zu seiner Begrüßung hatten sich auf dem Bahnhof der Obersee Protokoll, Gesandter Röster, und der schwedische Gesandte af Wirsén mit allen Mitgliedern der Gesandtschaft eingefunden. Der König, der in der schwedischen Gesandtschaft Wohnung nahm, empfing den Besuch des Reichspräsidenten, dem der König während eines kurzen Aufenthaltes in Berlin im April 1926 einen Besuch abgestattet hatte. Auf Einladung des Königs ist der Reichspräsident sodann zu einem Essen im Kleinen Kreis in der schwedischen Gesandtschaft geblieben. Der König ist dann nach Rom weitergereist.

Das Zentrum billigt die Haltung der Fraktion.

Tagung des Reichsparteiausschusses. Der Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei hielt im Reichstag eine Sitzung ab, die außerordentlich hart aus allen Teilen des Reiches besucht war. Nach eingehender Aussprache wurde unter starkem Beifall einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der in Berlin tagende Reichsparteiausschuss des deutschen Zentrums billigt die Politik der Zentrumspartei des Reichstags und spricht ihr das Vertrauen aus.“ Reichsfanzler a. D. Dr. Wirth, der den Verhandlungen beigewohnt hatte, verließ während der Abstimmung den Saal.